Appenzell Ausserrhoden

Kantonsrat

Kommission Bau und Volkswirtschaft

Obstmarkt 3
9102 Herisau
kantonsrat@ar.ch

Kommission Bau und Volkswirtschaft, 9102 Herisau

An die Mitglieder
des Kantonsrates

Damian Rüger
Leiter Parlamentsdienst
Tel. +41 71 353 62 58
Damian.Rueger@ar.ch

Herisau, 2. November 2026

0100.280
Postulat Sharon Satz, Herisau und Mitunterzeichnende; Transformationsplan zur Umrüstung der kantonalen Fahrzeugflotte und Umsetzung der Vorbildfunktion gemäss Art. 10 Klima- und Innovationsgesetz; Erheblicherklärung

Bericht und Antrag der Kommission Bau und Volkswirtschaft vom 1. Oktober 2026

Sehr geehrte Frau Kantonsratspräsidentin
Sehr geehrte Frauen Kantonsrätinnen
Sehr geehrte Herren Kantonsräte

A. Ausgangslage

Am 25. August 2026 reichte Kantonsrätin Sharon Satz, Herisau das obgenannte Postulat ein. Mit dem Postulat soll der Regierungsrat dazu aufgefordert werden, zu prüfen und Bericht zu erstatten, wie die Vorbildfunktion gemäss Art. 10 des Klima- und Innovationsgesetzes im Bereich der kantonalen Mobilität umgesetzt werden kann und insbesondere einen kantonalen Transformationsplan zur Dekarbonisierung der gesamten kantonalen Fahrzeugflotte (einschliesslich der Blau- und Gelblichtorganisationen) zu erarbeiten. Im Postulat werden zudem Kriterien genannt, welche im Bericht beinhaltet sein sollten.

Die Kommission Bau und Volkswirtschaft (KBV) hat das Postulat an ihrer Sitzung vom 1. Oktober 2026 eingehend beraten. Kantonsrätin Sharon Satz ist Mitglied der KBV und stand der Kommission entsprechend für Rückfragen und Erläuterungen zur Verfügung.

B. Erwägungen

Die Kommission Bau und Volkswirtschaft stimmt grösstmehrheitlich für die Erheblicherklärung des Postulats und unterstützt das Anliegen. So haben denn auch vier Kommissionsmitglieder das Postulat im Vorfeld mitunterzeichnet. Mit Blick auf die bundesrechtlich vorgegebene Vorbildfunktion des Kantons und das Netto-Null-Ziel

bis 2040 erscheint eine frühzeitige und koordinierte Planung der Umrüstung der kantonalen Fahrzeugflotte aus Sicht der KBV zweckmässig. Eine gesamtheitliche Strategie ermöglicht es, Ersatzbeschaffungen und den Ausbau der notwendigen Infrastruktur aufeinander abzustimmen, Synergien zu nutzen und die finanziellen Auswirkungen langfristig zu berücksichtigen. Gleichzeitig können die besonderen betrieblichen Anforderungen der Einsatzorganisationen angemessen berücksichtigt werden. Klare Zuständigkeiten und überprüfbare Zwischenziele schaffen zudem Transparenz und erleichtern die Umsetzung. Die grosse Mehrheit der Kommission empfiehlt dem Kantonsrat daher, das Postulat erheblich zu erklären.

Eine Kommissionsminderheit lehnt die Erheblicherklärung ab. Dabei ist nicht primär der Inhalt des Postulats abzulehnen. Viel eher ist es so, dass für die Erarbeitung des Berichts und die entsprechenden Abklärungen Ressourcen des Staatsapparats benötigt werden. Die Erheblicherklärung würde entsprechend einen zusätzlichen Verwaltungsaufwand verursachen, obschon der Kanton sich in einem Sparprogramm befindet und der Kantonsrat den Regierungsrat mehrfach zu strengen Sparbemühungen aufruft.

C. Antrag

Die Kommission Bau und Volkswirtschaft beantragt Ihnen, das Postulat für erheblich zu erklären.

Im Namen der Kommission Bau und Volkswirtschaft

sign. Matthias Tischhauser

Matthias Tischhauser, Präsident

sign. Damian Rüger

Damian Rüger, Leiter Parlamentsdienst